

Offener Brief



An die Spitzenkandidat*innen und Repräsentant*innen der Berliner Regierung

Berlin, Donnerstag, 12. Januar 2023

Sehr geehrte Frau Giffey, Frau Jarasch, sehr geehrter Herr Wegner, Herr Czaja und Herr Lederer,

In den vergangenen fünf Jahren hat Berlin mit der Ernährungsstrategie wichtige Handlungsfelder für die Transformation des Berliner Ernährungssystems benannt und die Zivilgesellschaft darin unterstützt, entsprechende Projekte zu realisieren. Die Stadt investiert insbesondere in die Verbesserung des Kita- und Schulessens, in den Ausbau der bio-regionalen Verpflegung und in die Vermeidung von Lebensmittelverschwendung. Berlin hat sich zudem dem Bio-Städte-Netzwerk und dem Milan Urban Food Policy Pact verpflichtet.

Jetzt ist der Rahmen gegeben für die nächsten politischen Schritte. Wir fordern Sie daher auf, die Berliner Ernährungsstrategie verbindlich durch einen entsprechenden Beschluss „Gutes Essen für Alle“ mit konkreten Maßnahmen, Ziel- und Zeitvorgaben zu untermauern und die gemeinsamen Ziele mit entsprechenden Partnerstädten auf europäischer und Bundesebene auszubauen. Denn für eine effektive Umsetzung der Ernährungsstrategie ist auch eine strategische Vernetzung mit entsprechenden Partnern ausschlaggebend.

Die Europäische Kommission wird noch in diesem Jahr einen Gesetzesentwurf für nachhaltige Ernährungssysteme auf EU-Ebene vorlegen. Außerdem zieht die Bundesregierung in den nächsten Monaten mit einer eigenen Ernährungsstrategie auf Bundesebene nach. Beide Vorstöße bergen enorme Chancen für grundlegende Verbesserungen in der Agrar- und Ernährungspolitik, auch für die regionale und kommunale Ebene.

Sie ermöglichen es zum Beispiel, Prioritäten und somit auch Fördermöglichkeiten für den Ausbau regionaler Wertschöpfungsketten zu setzen, verbleibende Hürden im Bereich öffentlicher Beschaffung und Vergaberecht abzubauen und verbindliche Standards für eine klimagerechte und gesunde Ernährung unter Berücksichtigung der planetaren Grenzen zu setzen.

Wissenschaftler*innen gehen davon aus, dass etwa ein Drittel der klimaschädlichen Gase auf das heutige Ernährungssystem zurückzuführen sind. Auch wenn es der Senat versäumt hat, in seinem Beschluss zur Klimanotlage im Dezember 2019 und im Maßnahmenkatalog zum Klimaschutz im Juni 2021 einen klaren Zusammenhang zwischen der Produktion bzw. dem Umgang mit Lebensmitteln und dem Erreichen von Klimaneutralität zu ziehen, so werden Sie uns zustimmen, dass eine beschleunigte Transformation der Agrar- und Ernährungssysteme maßgeblich für den Klimaschutz und die Anpassung an die Klimakrise ist. Die übergeordnete Gesetzgebung auf Bundes- und EU-Ebene kann diese Bemühungen befördern oder – wie im Falle der EU-Agrarpolitik – ausbremsen.

Seit der Unterzeichnung des **Milan Urban Food Policy Pacts** sind diverse Initiativen zur politischen Vernetzung und Einflussnahme im Bereich Ernährungspolitik gewachsen. Es ist schade, dass sich Berlin trotz Engagements in der eigenen Stadt und Mitgliedschaften im **Biostädte- und ICLEI-Netzwerk** für nachhaltige, städtische Entwicklung noch keiner EU-übergreifenden Initiative für Ernährungstransformation angeschlossen hat. So fehlt Berlins Stimme zum Beispiel in der Liste der Städte und Metropolen, die im Kontext des Pariser Klimaabkommens und im Rahmen der **Glasgow-Erklärung** die Nationalstaaten auffordern eine ganzheitliche Ernährungspolitik im Sinne des Klimanotstandes umzusetzen.

Berlin ist Europas größter städtischer Markt für Bioprodukte und hat auch angesichts seiner geopolitischen Rolle als Hauptstadt Deutschlands relevantes politisches Kapital. Nutzen Sie diesen Einfluss im Sinne effektiver Reformen auf nationaler und europäischer Ebene. Eine Vernetzung im Kontext des Food-System-Netzwerks der **C40-Climate Leadership Group** ist aus unserer Sicht besonders sinnvoll und effektiv, vorausgesetzt Sie stärken Ihre Allianzen mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern anderer Metropolen wie Barcelona, Kopenhagen, Mailand, Paris und Stockholm. Ebenfalls denkbar wäre eine Zusammenarbeit mit den entsprechenden Partnerstädten auf nationaler Ebene, in der **Eurocities Initiative für Food System Transformation, dem Europäischen Ausschuss der Regionen oder dem Covenant of Mayors**.

Vereinbaren Sie einen konkreten Maßnahmenkatalog für nachhaltige Ernährungssysteme im Sinne der planetaren Grenzen und mit Blick auf EU-Reformen. Suchen und initiieren Sie die nötigen Allianzen für den Umbau der EU-Agrar-Förderung, weg von Direktzahlung und hin zu einer gezielten Förderung von fairen, gesunden und nachhaltigen

Ernährungsumgebungen und fairen, regionalen Wertschöpfungsketten, insbesondere mit Blick auf Obst, Gemüse, pflanzlichen Proteinquellen und den Rück- und Umbau der Tierhaltung. Verabschieden Sie entsprechende Programme, um die Teilhabe im Sinne einer gesunden, nachhaltigen Lebensmittelversorgung zu gewährleisten und Ernährungsarmut zu bekämpfen. Bauen Sie die Möglichkeiten der öffentlichen Beschaffung aus, unterstützen Sie gemeinsame Initiativen zur Regulierung von Junk-Food und setzen Sie sich für faire Erzeugerpreise und eine entsprechende Sozial- und Fiskalpolitik ein.

Im Februar stehen die Wiederholungswahlen an. Wir erwarten, dass Sie Berlin eine starke Stimme im Prozess der Ernährungstransformation geben – für und in Berlin und über die Stadtgrenzen hinaus.

Mit freundlichen Grüßen,

Sara Akramy



Sami Celtikoglu



Annette Jensen



Susanne Salzgeber



Sabine Werth



Sprecher*innen des Ernährungsrats Berlin

kontakt@ernaehrungsrat-berlin.de

Ernährungsrat Berlin e.V.
c/o Institut für Ökologische Wirtschaftsforschung
Potsdamer Straße 105
10785 Berlin